

20 Jahre Privatisierung Deutsche Bundespost

Wie aus Grau Magenta wurde

Zum 1. Januar 1995 wurde die Deutsche Bundespost privatisiert und in die drei Unternehmen Deutsche Telekom, Deutsche Post und Postbank aufgespalten. Die KOMM nimmt dies zum Anlass, einen Blick zurückzuwerfen: Wir starten in dieser Ausgabe mit einer Serie zur Privatisierung.

In den vergangenen 20 Jahren hat sich nicht nur der Telekommunikationsbereich entscheidend verändert, sondern auch die Arbeitswelt und die Gewerkschaft. Die Deutsche Postgewerkschaft war eine der Gründungsgewerkschaften von ver.di im Jahr 2001. Wir werden in diesem Jahr einzelne Aspekte und ihre Folgen aus jetziger Sicht beleuchten.

Die Deutsche Telekom ist heute ein international agierender Konzern. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Unternehmensteile verkauft, geschlossen und/oder umstrukturiert – teilweise mehrfach und fast immer verbunden mit dem Verlust von Arbeitsplätzen. Durch die Privatisierung ist unter anderem die außergewöhnliche Situation entstanden, dass deutsche Beamt/-innen für einen ausländischen Aktienkonzern arbeiten: Die Strabag übernahm am 1. Oktober 2008 die Deutsche Telekom Immobilien und Service GmbH



(DeTelmobilien) mit mehr als 6000 Beschäftigten, darunter auch Beamt/-innen. Noch heute arbeiten rund 100000 Beamt/-innen für die Postnachfolgeunternehmen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist auch heute noch größter Aktionär der Deutschen Telekom AG, obwohl das staatliche Aktienpaket seit dem Börsengang immer weiter reduziert wurde. Der Bundesbestand der Telekom-Aktien liegt bei 31,9 Prozent, davon werden 17,4 über die Kreditanstalt für Wiederaufbau gehalten. Der Rest befindet sich im Streubesitz. Zum Streubesitz zählen auch die Aktien, die – zum Teil animiert von der Telekom-Werbekampagne mit Manfred Krug – von Bürgern gekauft wurden. Die Aktie startete beim Börsengang mit 28,50 DM (14,57 Euro), kletterte zwischenzeitlich auf mehr als 100 Euro, um dann auf bis zu 8,42 Euro abzustürzen. Heute

liegt sie bei rund 15 Euro. Durch alle Höhen und Tiefen des rauen Kapitalmarktes hindurch hat die Telekom aber daran festgehalten, einen Teil ihrer Gewinne an die Aktionäre in Form von Dividenden auszuschütten.

Silke Leuckfeld

Weiter geht es auf der Seite 4

Inhalt

Termine	Seite 2	Kommentar		T-Mobile US	
Schwerbehinderte		Gewinner und Verlierer	Seite 5	Auch 2015 weiter auf dem Weg	Seite 9
Treffen mit Verena Bentele	Seite 2	Buchtipp		Netzpolitik	
Vivento Customer Services GmbH		„Zusammenhalten und gestalten“	Seite 5	Mit mehr Entschlossenheit zum digitalen Fortschritt?	Seite 10
Härten abgemildert	Seite 3	Rückblick 2014		Mitgliederservice	
Organisationswahlen 2014/2015		Turbulent, aber erfolgreich	Seiten 6 + 7	Geld zurückholen!	Seite 11
Serie		UNI Global Union		Jugend	
Wie aus Grau Magenta wurde	Seite 4	Weltkongress in Südafrika	Seite 8	Wir haben viel vor!	Seite 12

Termine

Braunschweig/Salzgitter: Senioren OV FB 9/10, Info-Nachmittag jeden letzten Dienstag im Monat, 15 Uhr, Vereinsgaststätte „Rote Wiese“, Braunschweig, Kontakt: Rainer Klose, Tel. 05331/2424.

Bremen: Senioren OV FB 9/10: Treff jeden 1. Dienstag im Monat, 16 Uhr, DGB-Haus, Bahnhofplatz.

Eschwege: BeG Senioren Werra-Meißner FB Post und Telekom: 10. Februar, 14 Uhr, Gaststätte „Rost“, Am Petersbach 1, An der B27.

Essen: BeG Senioren FB 9: 11. März, 10 Uhr, Jahreshauptversammlung, im ver.di-Bezirk Essen, Teichstraße 4a, Raum K1/K1A mit Vorstellung des JahresveranstaltungsKalenders, Anmeldung bitte bei: Heinz-Peter Gajewski, Tel. 0201/751111, Mobil: 0171/7826688.

Frankfurt/Main: BeG Senioren Post/Telekom, Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat, 15 Uhr und Skatstammtisch jeden zweiten Montag im Monat, 16 Uhr, „Affentorschänke“, Neuer Wall 9.

Fürth: BeG Fürth, FB 9/10: Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat, 14 Uhr, Pfarrzentrum St. Heinrich, Heinrichsklaus, Sonnenstraße 21. In den ungeraden Monaten finden Vorträge statt.

Hamburg: BeG Senioren Hamburg, Sprechstunde jeden 1. Mittwoch im Monat von 10 bis 12 Uhr, Gewerkschaftshaus HH, Besenbinderhof 60, Tel. 040/28584093, Internet: <https://tk-it-nord.verdi.de/personengruppen-senioren>

Heidelberg: BeG Senioren, FB 9: jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15 Uhr, Gaststätte „Löwenkeller“, Rohrbacher Straße 92.

Heilbronn: BeG Senioren FB 9/10: Stammtisch/Veranstaltungen, jeden dritten Donnerstag im Monat, 14 Uhr, Restaurant „Hofwiesen“, Hofwiesenstraße 40, Heilbronn-Sontheim.

Kaiserslautern: Senioren FB 9/10: Jeden 1. Mittwoch im Monat, 15.30 Uhr, Treffen Gaststätte „Licht Luft“, Entersweilerstraße 51, Kaiserslautern; 11. März, Literarische Weinprobe, begrenzte Teilnehmerzahl, Anmeldung bei Gerhard Schramm bis 4. März, Tel. 06302/7727.

Kassel: BeG Senioren Post/Telekom: 22. März, 11 Uhr, Kabarett mit Bernd Giesecking im Gloria Filmpalast, Eintritt frei, Spenden erwünscht für eine soziale Einrichtung.

Lübeck: BeG der DT TS Nord, FB 9, Bereich Lübeck: Treff jeden 1. Mittwoch im Monat, 16.30 Uhr, Fackenburg Allee 31, Raum V153.

München: BeG Senioren FB 9/10/Postbank: 3. März, Besuch im Bayerischen Landtag, Treffpunkt am Eingangstor bei der Tramhaltestelle um 16 Uhr, Anmeldung bei der Kollegin Buchmann, Tel.089/57799-7106 ist notwendig.

Münster: Senioren BeG Postbank-Post-Telekom: 2. März, Mitgliederversammlung unserer Betriebsgruppe, Aktuelles von unserem ehemaligen Arbeitgeber, Vortrag: Kollege Carsten Cordes (Vorsitzender der Betriebsgruppe Brief Münster), Beginn Infonachmittage um 15 Uhr, Kasino der Telekom, Dahlweg 100.

Impressum:

KOMM Nr. 1/2015

15. Jahrgang; Herausgeber:

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Bundesvorstand: Frank Bsirske; Lothar Schröder, Fachbereich TK/IT; Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Telefon: 030/6956-0, Internet: <http://tk-it.verdi.de>

Erscheinungsweise: 8 Ausgaben pro Jahr

Redaktion: Christoph Heil, Silke Leuckfeld

E-Mail: redaktion.komm@verdi.de

Gesamtherstellung: alpha print medien AG, Darmstadt

Auflage: 109500

Anzeigen und Beilagen:

Christoph Heil, Silke Leuckfeld, Telefon: 030/69562461, Fax: 030/69563159, Mail: redaktion.komm@verdi.de



Gedruckt auf GraphoSilk FSC® 80g/m²

Mitgliederversammlung:

Neubrandenburg: BeG Telekom FB 9: 19. März, 16 Uhr Mitgliederversammlung im Scala Bowling, An der Hochstraße 4.

Neuss: Senioren Kreis Neuss: Sprechstunde in der ver.di-Geschäftsstelle, Hammer Landstraße 5, 3. Etage; immer 1. Montag im Monat, 10 bis 12 Uhr.

Nürnberg: BeG Senioren Nürnberg/Schwabach/Roth/Lauf FB 1/9/10: Jeden ersten Donnerstag im Monat um 14.30 Uhr in der Gaststätte „Genossenschaftssaalbau“, Matthäus-Hermann-Platz 2; 5. März, 14.30 Uhr, Versammlung, Team des Nürnberger Straßenkreuzers zu Gast, Anmelden für das staatspolitische Seminar in Schney vom 13. April bis 17. April.

Oldenburg: OV Senioren FB 9/10: Digitalfotos, Info: W. Neugebauer, Tel. 0441/201203; Basteln, Malen, Skat, Klönen, Info: I. Frank, Tel. 0441/302972 u. E. Schaumberg, Tel. 04402/4205 beide Gruppen zweiter Dienstag im Monat, 9 Uhr, Vereinslokal TV Metjendorf 04, Am Sportplatz, Oldenburg; alle drei Wochen Jakkolo, Info Colberg, Tel. 04488/3252 und D. Punkte, Tel. 0441/505137.

Ortenau: BeG Senioren P/T, Sprechstunde jeden Mittwoch, 11 bis 12 Uhr, ver.di-Geschäftsstelle Offenburg, Okenstraße 1c, auch Tel. 0781/917114.

Ulm Neu-Ulm: BeG VE P/T: 5. März, 14.30 Uhr: Monatstreff „Krone“, 2. April, 14.30 Uhr, Monatstreff „Krone“.

Weiden: BeG Senioren Nordoberpfalz FB 9/10: 4. März, 14 Uhr, Jahresversammlung, anschließend Steuertipps für Senioren, Gaststätte „Bräustüberl“.

Wolfenbüttel: Senioren OV FB 9/10: Sprechstunde jeden Montag für ver.di-Mitglieder, 9.30 bis 12 Uhr, ver.di-Service-Büro, Harzstraße 7, 38100 Wolfenbüttel, ver.di-Lohnsteuer-Service: 05331/882689.

Würzburg: BeG Senioren FB 9/10: 5. Februar, 14.30 Uhr, Versammlung „Vierjahreszeiten“, Referat Kripo; 11. Februar, 13 Uhr, Fahrt nach Bullenheim (Fasching/Musik); 18. Februar, Fischessen „Urlaub“ Randersacker siehe Main-Post; 11. März, 14 Uhr, Weinprobe bei Heinrich Huttner, Sieboldstraße, Gerbrunn.

Redaktionsschluss nächstes Heft: 23. Februar 2015

Korrektur zum Artikel „Postpersonalrechtsgesetz“, Ausgabe 8/2014, Seite 5. Richtig muss es heißen:

„Der Personalübergang soll dann zum 1. Januar 2016 erfolgen.“

Schwerbehinderte

Treffen mit Verena Bentele

Im Anschluss an die Inklusionstage 2014, die das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Berlin veranstaltet hatte, hat die Beauftragte der Bundesregierung für die Angelegenheiten der Menschen mit Behinderungen, Verena Bentele, Thomas Hoffmann und Ingo Jungen von der Telekom-Gesamtschwerbehindertenvertretung zu sich ins Kleisthaus nach Berlin eingeladen, um sich ein erstes Bild von der Situation der Menschen mit Behinderung in der Arbeitswelt zu machen.

Verena Bentele verfolgte sehr interessiert die Ausführungen, fragte gezielt nach und nahm dann gleich die Einladung an, auch mit den Kolleginnen und Kollegen mit Handicap in ihrer Arbeitssituation bei der Deutschen Telekom AG ins Gespräch zu kommen. Hierzu werden mit Beginn des neuen Jahres die entsprechenden Planungen für einen Besuch aufgenommen.

Härten abgemildert

Die angekündigten Schließungen der Standorte der Vivento Customer Services (VCS) GmbH werden zeitlich verzögert. Dies konnten ver.di und Vertreter des Gesamtbetriebsrats in Verhandlungen mit den Arbeitgebern erreichen. Zudem werden soziale Härten gemildert und Einkommen abgesichert.

Im September 2014 kündigte die VCS an, von zwölf Standorten mit drei Außenstellen und der Zentrale lediglich die Standorte Braunschweig und Regensburg und die Zentrale erhalten zu wollen. Die restlichen Standorte sollen geschlossen werden. In Mannheim und Dortmund sollen zwei neue Standorte errichtet werden. Für den Standort Bremerhaven ist geplant, diesen temporär bis 2016 zu erhalten und dann einer erneuten wirtschaftlichen Prüfung zu unterziehen. Von den 2275 Beschäftigten hätten künftig 1824 Beschäftigte durch einen Wechsel des Arbeitsortes teilweise unüberbrückbaren Entfernungen vom Wohn- zum Arbeitsort. Beschäftigte etlicher Standorte, – wie Hennigsdorf, Rendsburg oder Weingarten – hätten demnach künftig einen Arbeitsweg von mehr als 120 Minuten für die einfache Wegstrecke. Parallel dazu stellte der Arbeitgeber

freiwillige Wechseloptionen in die Servicegesellschaften vor.

Bereits im Jahr 2010 vereinbarten ver.di und die DTAG, bei Standortschließungen einem sogenannten Konzernstandortausschuss einzuberufen und hier über die Rahmenbedingungen der betroffenen Beschäftigten zu verhandeln. ver.di und den Vertretern des Gesamtbetriebsrats VCS ist es gelungen, über den auf dieser Grundlage eingerichteten Konzernstandortausschuss die Neuausrichtung der VCS maßgeblich zu verändern, indem die Maßnahme zeitlich gestreckt wird, soziale Härten gemildert und Einkommen abgesichert werden. Darüber hinaus wurden im Konzernstandortausschuss Eckpunkte vereinbart, die dem Gesamtbetriebsrat VCS als Grundlage für Verhandlungen zu einem Zentralen Interessenausgleich und Sozialplan empfohlen wurden. Das Ergebnis: Die Standorte Weingarten, Rendsburg und Hennigsdorf bleiben bis Ende 2016 erhalten. Die Standorte Dortmund, Regensburg, Braunschweig und Mannheim werden bis 31. Dezember 2018 gesichert.

Beschäftigte mit mehr als 120 Minuten Fahrzeit für die einfache Wegstrecke erhalten ein Arbeitsplatzangebot unter 120 Minuten in den Gesellschaften der Telekom Deutschland. Der Tarifvertrag Ratioschutz der Deutschen

Telekom AG wird angewandt, mit 50 Prozent höherer Leistungen beim Fahrtkostenzuschuss und der Anerkennung der Wegezeiten, als dort vorgesehen. Beschäftigte, die zukünftig in den Gesellschaften der Telekom Deutschland arbeiten, werden dort entsprechend ihrer bisherigen Tätigkeit in die Tarifverträge eingruppiert. Das bisherige Jahreszielentgelt der VCS GmbH wird gesichert. Die Sozialplanregelungen werden auf die bereits freiwillig gewechselten Kolleg/-innen übertragen. Zusätzlich wird eine Härtefallkommission eingerichtet und den Beschäftigten Qualifizierungsmaßnahmen angeboten.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass ver.di, die beteiligten Betriebsräte und der Gesamtbetriebsrat der VCS durch ihr gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen die Pläne des Arbeitgebers maßgeblich zugunsten der Beschäftigten beeinflussen konnten. So konnten wesentliche Härten verringert und die Bedingungen für die Reintegration in die Gesellschaften der Telekom Deutschland geregelt werden.

Anmerkung: Das Ergebnis der Sozialplanverhandlungen galt bis Redaktionsschluss nicht für die Beschäftigten des Standortes Gelsenkirchen. Der dortige Betriebsrat (mehrheitlich ProTin) hatte entschieden, eigene Verhandlungen mit dem Arbeitgeber aufzunehmen.



ver.di

Organisationswahlen 2014/2015

Tagesordnung der 4. ordentlichen Bundesfachbereichskonferenz FB 9 vom 15. bis 17. April 2015 in Berlin, ver.di Bundesverwaltung

01. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden des Bundesfachbereichs und durch den Bundesfachbereichsleiter
02. Wahl der Konferenzleitung
03. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
04. Beschlussfassung über Tagesordnung
05. Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
06. Bestätigung der Antragsberatungskommission
07. Entgegennahme des Geschäftsberichts des Bundesfachbereichsvorstands
08. Aussprache zum Geschäftsbericht des Bundesfachbereichsvorstands
09. Bericht der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
10. Entlastung des Bundesfachbereichsvorstands
11. Nominierung des/der Leiters/in des Fachbereichs als Mitglied des Bundesvorstands durch Wahl
12. Nominierung zur Wahl der/des Vorsitzenden des Bundesfachbereichsvorstandes
13. Nominierung zur Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesfachbereichsvorstandes
14. Festlegung der Zahl der Bundesfachbereichsvorstandsmitglieder
15. Wahl der Bundesfachbereichsvorstandsmitglieder und deren Stellvertreter/-innen
16. Nominierung der Kandidat/-innen für den Gewerkschaftsrat
17. Rede des Vorsitzenden der ver.di
18. Aussprache zur Rede des Vorsitzenden der ver.di
19. Entscheidung über Anträge an den Bundesfachbereichsvorstand, an den Bundesvorstand, den Gewerkschaftsrat und den Bundeskongress
20. Schlusswort



20 Jahre Privatisierung Deutsche Bundespost

Wie aus Grau Magenta wurde

Zum 1. Januar 1995 wurde die Deutsche Bundespost privatisiert und in die drei Unternehmen Deutsche Telekom, Deutsche Post und Postbank aufgespalten. Doch bereits im Jahr 1989 war der eigentliche Startschuss mit der sogenannten Postreform 1 gefallen. Damals wurde die Deutsche Bundespost in die drei separaten Unternehmenseinheiten Deutsche Bundespost Telekom, Deutsche Bundespost Postdienst und Deutsche Bundespost Postbank aufgeteilt.

„Neue fernmeldetechnische Kommunikationsmittel dürfen weder zur Spielwiese der Industrie werden, noch dem Profitinteresse ausgeliefert werden“, warnte der damalige Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), Ernst Breit, bereits 1979. Doch die große Stunde der Privatisierer schlug im Jahr 1982: Die sozialliberale Koalition unter Kanzler Helmut Schmidt wurde gestürzt. Die FDP saß auch in der neuen Koalition unter Kanzler Helmut Kohl am Kabinetttisch. Führende Kräfte der FDP hatten bereits unter Schmidt auf weniger staatliche Regulierung gedrängt. Im Jahr 1985 wurde von der konservativ-liberalen Bundesregierung eine „Regierungskommission Fernmeldewesen“ eingesetzt. Die Kommission sollte Vorschläge zur Neuordnung des deutschen Post- und Telekommunikationssektors unterbreiten. Mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), Albert Stegmüller, gehörte lediglich ein Gewerkschaftsvertreter der Kommission an, die ansonsten mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft besetzt war. Damit war die Richtung vorgezeichnet, gewerkschaftliche Argumente und Vorschläge hatten keine Chance, in den Empfehlungen der Regierungskommission berücksichtigt zu werden.

„Sichert die Post – Rettet das Fernmeldewesen“, mit diesem Slogan kämpfte die DPG gegen die Privatisierung der Deutschen Bun-

despost. Während des laufenden Bundestagswahlkampfes rief die DPG am 4. Oktober 1986 zu einer Auftaktveranstaltung unter dem neuen Slogan auf. In Köln kamen 21 000 Teilnehmer in die überfüllte Sporthalle. Dort sprachen neben dem DPG-Vorsitzenden Kurt van Haaren auch der DGB-Vorsitzende Ernst Breit und die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies. Kurt van Haaren wehrte sich in seiner Rede gegen diejenigen, die den Eindruck erweckten, als sei das Postwesen „ein maroder Laden und obendrein seien 60 000 bis 70 000 Mann zu viel an Deck“.

Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling überraschte im November 1986 die Delegierten des 15. Ordentlichen DPG-Kongresses in Nürnberg. Er erklärte, „es soll und wird keine Privatisierung der Deutschen Bundespost geben“. Mitte März 1987 kündigte Bundeskanzler Helmut Kohl an, dass „die Bundesregierung das Fernmeldewesen neu strukturieren und Maßnahmen zu einer verbesserten Markteröffnung ergreifen“ werde. Noch vor dem Abschlussbericht der Regierungskommission wurden erste Empfehlungen bekannt: Danach sollte der Fernmeldezweig der Bundespost in „Telenetz“ und „Teledienst“ aufgespalten werden. „Telenetz“ sollte die Übertragungshoheit erhalten, „Teledienst“ die Telekommunikationsdienste im Wettbewerb mit privaten Dienstleistern erbringen.

In ihrem Abschlussbericht empfahl die Regierungskommission schließlich die Trennung von „gelber“ und „grauer“ Post. Dagegen stimmten in der Kommission der stellvertretende DPG-Vorsitzende und einziger Gewerkschaftsvertreter Albert Stegmüller und Peter Glotz (SPD). Verhindert werden konnte lediglich die Aufspaltung in „Telenetz“ und „Teledienst“. Einen Tag nach der Übergabe des Kommissionsberichts an den Bundeskanzler, protestierten am 16. September 1987 bundesweit mehr als 20 000 Gewerkschafter gegen die Pläne. Dann wurde bekannt, was von den Worten von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling („es soll und wird keine Privatisierung der Deutschen Bundespost geben“) zu halten war: Er hatte bereits Wochen vor der Übergabe des Berichts einen Gesetzentwurf in Auftrag gegeben, der die Zerschlagung der Deutschen Bundespost in drei

selbstständige Unternehmen vorsah. Postdienst, Telekom und Postbank sollten künftig selbstständig mit eigenen Vorständen und Aufsichtsräten nach betriebswirtschaftlichen Kriterien geführt werden.

Am 11. Mai 1988 verabschiedete das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf (Poststrukturgesetz), der sich zwar in einigen Punkten vom Referentenentwurf unterschied, aber wesentliche Kritikpunkte der DPG weiterhin enthielt. Vergeblich hatte der DGB noch mit einer einstweiligen Anordnung versucht, diese Entscheidung abzuwenden. Die DPG rief die Beschäftigten zu einer Abstimmung unter dem Motto „Meine Stimme für die Post – gegen Zerschlagung und Ausverkauf“ auf. Das Ergebnis war eindeutig: An der Abstimmung nahmen 83,7 Prozent der Beschäftigten teil. Den Gesetzentwurf lehnten 355 522 Beschäftigte ab, dies waren 96,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Und auch die Bevölkerung lehnte die Privatisierung ab. Nach einer Umfrage des Instituts für angewandte Sozialforschung im September 1988 lehnten 41 Prozent die Pläne der Bundesregierung ab, nur 18 Prozent der Befragten befürworteten sie, 41 Prozent machten keine Angaben.

Durch die breite Ablehnung und anhaltende Proteste der DPG, sah sich Bundeskanzler Helmut Kohl gezwungen, selbst aktiv zu werden. Es kam zu einem direkten, fast zehnstündigem Gespräch mit Kurt van Haaren und seinen Stellvertretern. Die DPG-Spitze konnte dabei erreichen, dass die individuellen und kollektiven Schutzrechte der Beschäftigten erhalten bleiben und vor Änderungen Gespräche mit den Gewerkschaften geführt werden müssen.

Am 20. April 1989 verabschiedete der Deutsche Bundestag das „Gesetz zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost“. Am 12. Mai stimmte der Bundesrat zu, am 1. Juli 1989 trat das Gesetz in Kraft.

Anfang Mai erklärten der Hauptvorstand und der Gewerkschaftsrat der DPG die Aktion „Sichert die Post – Rettet das Fernmeldewesen“ für beendet. Die Zerschlagung der Deutschen Bundespost konnte nicht verhindert werden. Doch durch den entschiedenen Widerstand konnte der Schaden zumindest in Teilbereichen begrenzt werden.

Gewinner und Verlierer

20 Jahre ist es her, dass Telekom und Post privatisiert wurden. Erst die Trennung von Hoheit und Betrieb, dann die Orientierung auf betriebswirtschaftliche Erträge, die Umwandlung in eine AG und schließlich der Börsengang. Das waren Etappen der Privatisierung der Telekom.

Die Bilanz nach 20 Jahren: Gewonnen hat – zumindest in fiskalischer Hinsicht – der Staat, der mit Verkaufserlösen, Frequenzversteigerungen und Dividendeneinnahmen die Staatskasse gewaltig aufgefüllt hat. Mehr als 80 Milliarden dürfte das gebracht haben. Gewonnen haben zunächst die Verbraucher, weil die Telekommunikationspreise seit über einem Jahrzehnt im rapiden Sinkflug sind. Jetzt werden manche Verbraucher zu Verlierern und der Infrastrukturausbau auf dem Land gerät ins Stocken. Auch die neuen Anteilseigner haben zunächst ge-



Foto: Kay Henschelmann

wonnen. Wir erinnern uns an Aktienkurse der Deutschen Telekom von über 100 Euro in der Boomphase der New Economy. Von dort ging es bergab. Erst im letzten Jahr begannen die Kurse wieder signifikant zu steigen.

Verloren haben die Beschäftigten – seit Mitte der 90er-Jahre fast 140 000 Arbeitsplätze. Es gab Angriffe auf Konditionen, 21 große Umbaumaßnahmen im Konzern und der Druck aufs Personal ist gestiegen. Ohne Gegendruck von ver.di wäre im großen Stil ausgelagert, verkauft und entlassen worden und die Telekom wäre heute wahrscheinlich nur noch ein Rumpffgebilde.

Ohne unseren Streik hätte es in den Servicegesellschaften eine Kürzung der Einkommen um 30 Prozent und zusätzlich eine drastische Variabilisierung der Entgelte mit bis zu 40 Prozent Variable gegeben – bei längeren Arbeitszeiten. Ohne gewerkschaftliche Gegenwehr hätte es keine Kompromisse bei Standortschließungen gegeben, die Härten zumindest mildern, und auch die Löhne und Gehälter hätten nicht ein Niveau erreicht, das sich heute sehen lassen kann – trotz Privatisierung.

Die alte Postgewerkschaft und ihre Mitglieder haben die Privatisierung bekämpft. ver.di hat sich in privatisierten Bedingungen behauptet. Es ist gut, dass sich auch unter veränderten Verhältnissen so viele Menschen in der Telekom organisieren und es ist notwendiger denn je. Denn in privatwirtschaftlichen Aktiengesellschaften ist das Management vorrangig an Ertrag und nicht an Beschäftigtenfreundlichkeit orientiert.

Lothar Schröder

Buchtipps

„Zusammenhalten und gestalten“

Der Band zeichnet die Geschichte der Deutschen Postgewerkschaft nach, mit einem Schwerpunkt auf dem Jahrzehnt vor der ver.di-Gründung. Eine lebendig geschriebene Quellenauswertung, ergänzt um Interviews mit beteiligten Gewerkschaftern wie Ernst Breit, Michael Sommer und anderen.

Die Deutsche Postgewerkschaft – lange Zeit eine berufsständisch ausgerichtete Beamten- und Angestellten-Gewerkschaft – wandelte sich Anfang der 1970er-Jahre zu einer gesellschaftspolitisch engagierten Organisation, die Arbeitskämpfe nicht scheute, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Dabei beschränkte sie sich nicht auf Probleme der Entlohnung und Besoldung, der Arbeitszeit oder des Beamtenrechts, sondern setzte sich für eine Reform des öffentlichen Dienstes ein.

Ab den 1980er-Jahren hatte sie sich mehr und mehr der Deregulierungs- und Privatisierungspläne in den Bereichen Telekommunikation sowie Brief- und Postdienste zu er-

wehren. Später bildeten die Folgen der deutschen Einigung eine weitere Herausforderung, ebenso wie das Ringen um einen gewerkschaftlichen Zusammenschluss, der 2001 in die ver.di-Gründung mündete. Im Vorwort schreibt Franz Tremel, Vorsitzender der Stiftung Deutsche Postgewerkschaft: „Die Stiftung Deutsche Postgewerkschaft will mit der Herausgabe dieses Buches die erfolgreiche, selbstbewusste und stolze Arbeit der früheren DPG dokumentieren... Mit dem Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg entstand am 29./30. Juni 1949 die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) als Einheitsgewerkschaft für alle Beschäftigten der damaligen Post. 52 Jahre nach ihrer Gründung war die DPG ganz wesentlich an der Schaffung der neuen ‚Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft‘ ver.di im Jahre 2001 beteiligt – ein Neube-



ginn, um die gewerkschaftliche Stärke im Bereich der Post und Telekommunikation zu erhalten und auszubauen... Im Wissen darum, dass Gewerkschaften nie etwas geschenkt bekamen, sondern immer in der Auseinandersetzung mit dem Kapital die Interessen ihrer Mitglieder und der Beschäftigten durchsetzen mussten und

müssen, wünschen wir ver.di viel Erfolg.“

■ Karl Lauschke:

„Zusammenhalten und gestalten“

Von der traditionellen Beamtenorganisation zur streitbaren Gewerkschaft:

Die Deutsche Postgewerkschaft bis zur Bildung von ver.di

Herausgegeben von der Stiftung Deutsche Postgewerkschaft

Mit einem Vorwort von Franz Tremel

144 Seiten | 2009 | EUR 18.80 | sFr 32.90

ISBN 978-3-89965-352-6

Turbulent, aber erfolgreich

Das Jahr 2014 war geprägt von der Tarifrunde bei der Deutschen Telekom, aber auch in zahlreichen anderen Unternehmen. Zudem fanden die turnusmäßigen Betriebsrats- und Auszubildendenvertreterwahlen mit sehr guten Ergebnissen für die ver.di-Kandidatinnen und -Kandidaten statt. Hier nur einige ausgewählte Schlaglichter auf das Jahr 2014:

Telekom

Die Tarifrunde 2014 im Telekom-Konzern untergliederte sich in zwei Teilsegmente und erfasste rund 100 000 Tarifbeschäftigte. Der erste Verhandlungsstrang erfasste die Konzernmutter und die Beteiligungsgesellschaften des sogenannten Deutschland-



Segmentes. Insgesamt erstreckte sich dieser Verhandlungskomplex auf rund 75 000 Tarifbeschäftigte und Auszubildende. Der zweite Verhandlungsstrang umfasste die Beteiligungsunternehmen der T-Systems und erfasste rund 25 000 Tarifbeschäftigte. Für beide Verhandlungsstränge konnte ein Verhandlungsergebnis erzielt werden. Für die Konzernmutter und die Beteiligungsgesellschaften im Deutschlandsegment wurde nach zwei Leermonaten eine Erhöhung von 2,9 Prozent für die Entgeltgruppen 1 bis 5 und eine Erhöhung von 2,5 Prozent für die Entgeltgruppen 6 bis 10 vereinbart. Nach zehn Monaten wird eine weitere Erhöhung von 2,1 Prozent gezahlt. Für die Auszubil-



Foto: © mozz - Fotolia.com

denden und Dual Studierenden erhöhen sich die Vergütungen in zwei Schritten. Die um 35 und weitere 25 Euro, die Unterhaltsbeihilfe wird um 25 Euro monatlich angehoben. Außerdem werden variable Entgeltbestandteile in feste, regelmäßige monatliche Entgeltzahlungen umgewandelt. Die Laufzeit des Abschlusses beträgt 24 Monate. Der Ausschluss betriebsbedingter Beendigungskündigungen wurde um zwei Jahre verlängert.

Das Verhandlungsergebnis für die T-Systems-Unternehmen war stark davon geprägt, dass dort innerhalb der kommenden zwei Jahre ein Personalabbau von 5000 Beschäftigten vorgesehen ist. Insofern lag ein Fokus auf Schutzregelungen, die einen sozialverträglichen Abbau ermöglichen. Der Abschluss hat eine Laufzeit von 24 Monaten, nach zwei Leermonaten erfolgt eine Erhöhung um 1,5 Prozent, nach zehn Monaten eine weitere Erhöhung um zwei Prozent.

IBM

Am 12. November 2014 konnte ein Tarifabschluss mit einer Laufzeit von zwölf Monaten für die Beschäftigten bei IBM erreicht werden. Vereinbart wurde, dass die Tarifgehälter zum 1. Dezember um 2,3 Prozent steigen. Überproportional um rund zehn Prozent werden die drei unteren Gehaltsgruppen bei der IBM CSS angehoben. Auszubildende und Dual Studierende erhalten ebenfalls 2,3 Prozent mehr Geld. Zudem wird die IBM 80 bis 100 Plätze für Dual Studierende zum Bachelor und 100 bis 120 Plätze für Master-Studierende anbieten. Bei IBM wird in Folge des abgeschlossenen Tarifvertrages ein konzern-

weites Gesundheitsmanagement eingeführt. Das Thema wird im ganzen IBM-Konzern ausgerollt.



Foto: Markus Theißen

STRABAG

Bei der STRABAG FM einigte sich ver.di mit den Arbeitgebern auf eine Erhöhung der Entgelte in zwei Schritten – je zwei Prozent zum 1. April 2014 und zum 1. April 2015. Mit einem zweiten Tarifvertrag wurden Ergänzungen zum Haustarifvertrag, zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaft und eine Heranführung des Entgeltniveaus in den neuen Bundesländern an das Niveau der Beschäftigten der alten Bundesländer vereinbart.

Kabel Deutschland

Bei der Kabel Deutschland konnte in der Tarifrunde 2014 eine Entgelterhöhung in zwei Schritten von 4,9 Prozent bei einer Laufzeit von 24 Monaten durchgesetzt werden. Außerdem wurde vereinbart, zeitnah Verhandlungen zu den Themen Entgeltssystematik, Ausbildungsvergütung, Sozialtarifvertrag und Kündigungsfristen aufzunehmen.

ver.di Betriebsrats- und Schwerbehindertenwahlen

Ein Schwerpunkt im Jahr 2014 waren die Betriebsrats- und Schwerbehindertenwahlen, insbesondere im Konzern Deutsche Telekom, der Kabel Deutschland und weiteren Unternehmen. Die Ergebnisse können sich sehen lassen. So konnten in den Betrieben und Unternehmen der Deutschen Telekom AG die Betriebsratskandidat/-innen der ver.di-Listen insgesamt 91 Prozent der Mandate gewinnen. Damit wurde sogar ein besseres Ergebnis als zur Wahl 2010 erreicht. Auch ist insgesamt eine höhere Wahlbeteiligung als 2010 zu verzeichnen. Bei der Kabel Deutschland gingen 79,4 Prozent der Mandate an die Kandidat/-innen von ver.di.

ver.di Kampagne WE EXPECT BETTER

In fünf Call-Centern bestehen bereits Betriebspartnerschaften zwischen Deutschland und den USA, weitere werden folgen. Bei den Techniker/-innen konnte eine Partnerschaft über verschiedene Betriebe hinweg initiiert werden. Der Technikbetrieb in den USA ist der erste, der gewerkschaftlich durch die CWA organisiert werden konnte und deren Beschäftigte seit zwei Jahren einen Tarifvertrag haben. Da es in den USA keine Organisationsebene Jugend gibt, ist hier eine Zusammenarbeit über Facebook im Entstehen. Josh C. wurde im Mai 2013 wegen seiner Gewerkschaftsaktivitäten vom Call-Center in Wichita gekündigt. Arbeitsrechtlich wurde in einem Verfahren vor der amerikanischen Arbeitsbehörde NLRB (Regierungsbehörde) Anfang Mai 2014 der Vorgang mit einem Vergleich beendet. Josh

bekommt eine Entschädigungssumme, die sein vorenthaltenes Jahresgehalt plus einen Zuschlag beinhaltet. Leider war der Erhalt seines Arbeitsplatzes bei T-Mobile US nicht möglich.



Foto: Stephanie Mueller

ver.di Jugend

100 Prozent der Mandate erhielten die ver.di-Kandidat/-innen zur Wahl der Auszubildendenvertretungen bei der Deutschen Telekom AG. Daneben erfolgte eine aktive Teilnahme an den Streikaktivitäten. Es wurden erfolgreich Auszubildende und Dual Studierende geworben. Dies ist in Anbetracht der vor uns liegenden Verhandlungen zur Fortschreibung der Ausbildungsquote – bisher 2,9 Prozent der Inlandsbeschäftigten – und der Übernahmequote bei der Deutschen Telekom besonders wichtig, um sie, möglicherweise auch durch Aktionen, erfolgreich zu erstreiten.

ver.di Beamt/-innen

Von der Übernahme des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst profitieren auch die Beamt/-innen der bei der Deutschen Telekom

(DTAG). Die Umsetzung der Mindesthöhung um 90 Euro wurde durch das Bundesministerium des Innern leider äußerst kompliziert umgesetzt und ist für die Beamt/-innen dadurch kaum nachvollziehbar.

Die Auszahlung der 2,8 Prozent erfolgte bei der DTAG schon im September 2014 für die aktiven Beamt/-innen und die Versorgungsempfänger/-innen, also einen Monat vor dem Bund.

Die Probleme rund um die Beurteilungen DTAG sind seit rund drei Jahren lei-

der ein Dauerthema. Auch im Jahr 2014 lief nicht alles rund. Ende Mai 2014 wurde gegenüber dem Konzernbetriebsrat (KBR) und ver.di von Seiten des Dienstherrn dargelegt, dass für rund 40 000 Beurteilungen ungefähr 70 000 Stellungnahmen von Vorgesetzten eingeholt werden mussten. Aufgrund des Umfangs könnten deshalb leider die Beamt/-innen des gehobenen und des höheren Dienstes in diesem Jahr nicht beurteilt und damit befördert werden können. Eigentlich war im Anschluss an die Beurteilungsrunde im Jahr 2014 noch vorgesehen, die 8228 bewilligten Planstellen in Beförderungen umzusetzen. Bei dieser sozialverträglichen Regelung sollte besoldungsgruppenweise mit dem einfachen Dienst begonnen und dann mit dem mittleren Dienst fortgefahren werden. Dies wurde vom KBR und von ver.di akzeptiert. Nur einige Wochen später erteilte den KBR und ver.di die Information, dass nur noch Teile des mittleren Dienstes bis zum Stichtag 31. Juli 2014 beurteilt werden können, jedoch in 2014 nicht mehr die Besoldungsgruppe A8 und der gehobene und höhere Dienst. Der nächste Beförderungszeitpunkt ist nun für den 1. Mai 2015 vorgesehen.

In der „Sommerpause“ erreichte alle Beteiligten überraschend ein Gesetzentwurf zur „Weiterentwicklung des Postpersonalrechtsgesetz (PostPersRG)“, eine spezialgesetzlichen Regelung für die Beamt/-innen der Postnachfolgeunternehmen.

Der Gesetzentwurf wird während des Gesetzgebungsverfahrens von ver.di weiter begleitet.



Foto: Tomas Lenk



Fotos: Charly Brandl



Weltkongress in Südafrika

Der Gewerkschaftsverband UNI Global Union, dem weltweit mehr als 900 Gewerkschaften mit knapp 14 Millionen Mitgliedern angehören, hielt am 2. und 3. Dezember die Weltfrauenkonferenz und vom 4. bis 10. Dezember 2014 den 4. Weltkongress in Südafrika ab. ver.di war mit einer Delegation vertreten.

Mit Gewerkschaftsvertreter/-innen aus der ganzen Welt wurde über die Zukunft des Freihandels aus gewerkschaftlicher Perspektive diskutiert. Auch standen Fragen der Verteilungs- und Einkommensgerechtigkeit im Zentrum der wirtschaftspolitischen Debatten sowie die neue Welt der Arbeit. Zentrale Beschlüsse beim Weltgewerkschaftskongress waren ein globaler Steuerpakt mit vermögensbezogenen Steuern und einer effektiven Finanztransaktionssteuer auf breiter Basis. Des Weiteren wurde ein Moratorium zu den Verhandlungen zu internationalen Freihandelsverträgen (TTIP) gefordert, die die Arbeits- und Konsumentenschutzrechte aushebeln und internationalen Konzernen Sonderrechte, etwa bei Klagen gegen Staaten, einräumen.

Neben den zentralen gewerkschaftlichen Debatten wurde auch der Kampf der südafrikanischen Gewerkschaften für die gesellschaftliche, aber vor allem auch für die ökonomische Gleichberechtigung durch ein-

drucksvolle Reden und Darbietungen veranschaulicht.

Gleichstellung bleibt auf der gewerkschaftlichen Agenda

„Auf globaler Ebene gilt das gleiche, was wir in Deutschland im Bereich der Verteilungspolitik verfolgen: Gute Bezahlung für gute Arbeit. Und das gilt vor allem auch für die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern. Die Einkommensunterschiede sind nicht nur zu thematisieren, sondern durch konkretes Handeln zu beseitigen“, stellte Monika Brandl, Vorsitzende des ver.di-Gewerkschaftsrats und Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Telekom AG, fest. Bis zur nächsten UNI-Weltfrauenkonferenz 2018 haben sich die Frauen drei strategische Schwerpunkte vorgenommen: Rückgewinnung unserer Volkswirtschaften, Wachstum der Gewerkschaften und eine neue Welt der Arbeit.

New World of Work – die neue Welt der Arbeit

Unter dem Motto „New World of Work“ wurde die Notwendigkeit einer neuen Dynamik der Gewerkschaftsbewegung diskutiert. Die zukünftige Welt der Arbeit wird die Komplexität des Arbeitsmarkts noch erhöhen. Mit der stärkeren Prekarisierung der Arbeitsverträge und der weitergehenden Digitalisierung der Wirtschaft werden die Ar-

beitnehmer/-innen zunehmend mobiler und Arbeitsplätze zunehmend polarisiert. Deshalb wurde auf dem Weltkongress beschlossen, dass ein solides institutionelles Gefüge für die Beschäftigten benötigt wird, gestützt auf einen stabilen Rahmen von Gesetzen und Verordnungen, die ihnen Schutz und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Ferner ist ein Raum für Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz und für Tarifverhandlungen auf Betriebs-, Branchen- und Sektorebene zum Schutz gegen die zunehmende Fragmentierung und Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt notwendig. Dies ist wichtig, um ein positives Machtverhältnis zwischen Arbeit und Kapital in einer Welt der Arbeit zu erreichen, die allen Beteiligten zum Nutzen gereicht.

Dabei geht es um nichts weniger, als die Veränderung der Spielregeln am Arbeitsmarkt – vorausgesetzt, dass die Gewerkschaften ihre Stärke aufbauen, indem sie dem Mitgliederwachstum Vorrang geben und in dieses Wachstum investieren.

Im Rahmen des Kongresses kam es zu einem Führungswechsel: Neue UNI Global Union-Präsidentin ist nun Ann Selin von der größten finnischen Gewerkschaft PAM. Generalsekretär Philip Jennings, der diese Position seit 2000 bekleidet, wurde wiedergewählt.

Nähere Informationen:

➤ www.uniglobalunion.org

Auch 2015 weiter auf dem Weg

Die Kampagne WE EXPECT BETTER zur Durchsetzung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten für die Beschäftigten der T-Mobile US geht auch im neuen Jahr weiter.

Die Träger der Kampagne haben beschlossen, die „Schlagzahl“ der Aktivitäten weiter zu erhöhen. Neben der Bundestagspetition, für die seit geraumer Zeit Unterschriften gesammelt werden, werden im neuen Jahr weitere Aktionen durchgeführt. Die Kampagnenleitung hat die ersten Schritte eingeleitet.

Besuch in den USA

Im März wird eine Delegation aus Deutschland in die USA fliegen, um in Albuquerque und New York mit Beschäftigten zu sprechen. Die Delegation wird auch von einer Abgeordneten des Deutschen Bundestags begleitet, die sich in persönlichen Gesprächen mit Beschäftigten und Gewerkschaftern ein eigenes Bild zur

Situation machen will. Neben den Gesprächen mit Beschäftigten werden auch Kontakte mit amerikanischen Politikern und Vertretern der amerikanischen Medien stattfinden.

Ausweitung der Partnerschaften

In Ausweitung bereits bestehender Partnerschaften (Shops, Call-Center und Techniker) werden weitere Partnerschaften gebildet. Diese Partnerschaften sind ein Schlüssel zum Erfolg. Die amerikanischen Beschäftigten schöpfen viel Kraft aus dieser Unterstützung aus Deutschland.

Aktionärsversammlung im Mai

Zur Hauptversammlung der Telekom-Aktionäre wird, wie in den vergangenen Jahren, eine Delegation von US-Beschäftigten und der Communications Workers of America (CWA) nach Deutschland reisen. Deutsche Belegschaftsaktionäre können ihre Stimmrechte auf einen amerikanischen oder deut-

schen Kollegen oder eine Kollegin übertragen, die die Rechte der Belegschaftsaktionäre wahrnehmen werden. Die anwesenden Aktionäre werden somit „aus erster Hand“ über die Situation in den USA und über die Forderungen der Beschäftigten und der CWA informiert. Im Vorfeld der Hauptversammlung soll auch wieder vor dem Veranstaltungsgelände in Köln eine Solidaritätsaktion von ver.di und deutschen Beschäftigten stattfinden.

Bundesfachbereichskonferenz

Der Präsident der CWA, Larry Cohen, wird im April an der Bundesfachbereichskonferenz teilnehmen und zu den Delegierten sprechen. Am Rande dieses Besuches sind auch wieder Gespräche mit Vertretern der Bundesregierung und weiteren hochrangigen Politikern geplant.

Ado Wilhelm

Link zur Bundestagspetition:

www.weexpectbetter.org/petition

ANZEIGE

SONDERREISE DES VER.DI MITGLIEDERSERVICE



Andalusien

15.10. – 22./29.10.2015 Strand, Kultur und Lebensart: Costa de la Luz für Geniesser !



BEREITS IN DEN REISEPREISEN EINGESCHLOSSEN:

- Flug ab/bis Deutschland nach Jerez de la Frontera
- Transfers Flughafen Jerez de la Frontera - Hotel und zurück
- Übernachtungen im beliebten 4 Sterne-Hipotel Barrosa Park, Chiclana
- Halbpension mit Büffets zum Frühstück und Abendessen
- Begrüßungscocktail mit nützlichen Hinweisen zu Andalusien
- die VCA Reiseleitung steht Ihnen vor Ort mit Rat und Tat zur Seite
- Treffpunkt ver.di: Der ver.di Mitgliederservice lädt ein zum Aperitif
- Und wie gewohnt: unsere beliebten Aktivitäten, die vielfältigen Unterhaltungsprogramme. Lassen Sie sich überraschen !

Alles in allem ein buntes Programm für jeden Geschmack !

Preise p.P Anreise	Flugmöglichkeit ab/bis	Grundangebot (1 Woche) im DZ Landseite	Zusatzwoche im DZ Landseite
15.10.2015	Hamburg und Stuttgart	629,-	280,-
15.10.2015	Düsseldorf	649,-	280,-
15.10.2015	Hannover und Frankfurt	689,-	280,-
16.10.2015	Köln	689,-	280,-
16.10.2015	Berlin, Leipzig, Paderborn	729,-	280,-

Reise ab Stuttgart und Paderborn nur für 1 Woche buchbar.
Zuschläge pro Person und Woche: Einzelzimmer 100,- Euro, Meerseite 40,- Euro, Direkter Meerblick 80,- Euro. Ausflugspaket: 120,- Euro pro Person.

Buchung & Beratung - VCA Touristik GmbH - Knöbelstr. 6a - 80538 München
info@vca-touristik.de - Telefon 089 - 255 474 30 - Fax 089 - 255 491 588
Bitte schicken Sie mir den Prospekt für die ver.di Mitgliederservice Reise nach Andalusien.

Name, Vorname: _____
Straße, Hausnummer: _____
Postleitzahl, Ort: _____

Mit mehr Entschlossenheit zum digitalen Fortschritt?

Der ver.di-Fachbereich Telekommunikation und Informationstechnologie fordert seit Jahren ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes und der Europäischen Union für die Förderung eines flächendeckenden Breitbandausbaus in Deutschland.

Entsprechend enttäuschend wurden die Vereinbarungen aus den Koalitionsverhandlungen der beiden Regierungsparteien SPD und CDU im Jahre 2013 wahrgenommen. Bislang fördern der Bund und die EU den Breitbandausbau zu wenig, kritisiert ver.di und verweist auf den seit Jahren nur schleppenden Ausbau der digitalen Infrastruktur. Der Druck auf Wirtschaft und Politik, den Breitbandausbau ambitioniert nach vorne zu bringen, wird mit der technischen Entwicklung größer. Die Vernetzung von Maschinen (Industrie 4.0), die zunehmende Automatisierung in Industrie und in Häusern, aber auch Themen wie Big Data und Cloud-Computing machen die Unzulänglichkeit der bestehenden Infrastruktur deutlich.

Anfang 2015 startete eine neu formierte Gruppe junger SPD-Bundestagsabgeordneter um Lars Klingbeil und Christian Fliesek mit einem interessanten Forderungskatalog. Anfang Januar veröffentlichte die Gruppe ein Papier unter dem Titel „Für eine Infrastruktur der Zukunft: Mehr Entschlossenheit zum digitalen Fortschritt in Deutschland“. Darin fordern sie die Bereitstellung von mehr als fünf Milliarden Euro für den Breitband-Ausbau. Zudem müsse eine mittelfristige Glasfaser-Breitband-Strategie entwickelt und umgesetzt werden, um spätestens 2025 flächendeckend 100 Mbit/s als Grundversorgung bereitstellen zu können. Außerdem sei ein Masterplan Intelligente Netze unter Einbeziehung von Wirtschaft und Wissenschaft mit einer aktiven Rolle des Bundes als Rahmengeber, Treiber und Innovationsförderer notwendig.

Aus ver.di-Sicht zielt der Vorstoß in die richtige Richtung. Die KOMM-Redaktion wollte es genauer wissen und befragte dazu einen der Initiatoren, den SPD-Bundestagsabgeordneten Lars Klingbeil.

► *Warum kommt die Forderung erst jetzt? Wäre sie nicht im Rahmen der Verhandlungen zur Großen Koalition gut platziert gewesen?*

Natürlich haben wir auch in den Koalitionsverhandlungen Druck gemacht, um die Anstrengungen beim Breitband-Ausbau deutlich zu erhöhen. Nur deshalb ist das Ziel der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit 50 Mbit/s bis 2018 überhaupt in den Koalitionsvertrag gekommen. Öffentliche Mittel zu verankern ist damals gescheitert. Uns ist aber wichtig, dass wir schon heute die Grundlagen für eine Digitale Infrastruktur legen, die weit über diesen Stichtag hinausreicht.

Foto: SPD



Lars Klingbeil, Bundestagsabgeordneter seit 2009, SPD, geboren 1978 in Niedersachsen, Netzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion; Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen/Bremen in der SPD-Bundestagsfraktion.

► *Wo soll das Geld herkommen?*

Die Bundesregierung hat beschlossen, ein Zehn-Milliarden-Paket für Zukunftsinvestitionen bereitzustellen. Auch auf europäischer Ebene gibt es entsprechende Pläne. Hinzu kommen die Erlöse aus der Frequenzversteigerung. Die Digitalisierung ist das Zukunftsthema Nummer eins. Wir brauchen eine digitale Infrastruktur, die Wirtschaft und Nutzer in die Lage versetzt, neue digitale Produkte und Dienstleistungen zu nutzen. Genau deshalb wollen wir, dass ein wesentlicher Teil dieser Pakete in den Breitband-Ausbau fließt. Wir wollen mit öffentlicher Förderung zusätzliche private Investitionen

auslösen. Denn auch hier gibt es noch viel Luft nach oben.

► *Ihre Forderungen fokussieren sehr deutlich den Glasfaserausbau, während die Bundesregierung stark auf den breitbandigen Mobilfunkausbau setzt, um die gesteckten Ziele bis 2018 zu erreichen. Ist das ein Widerspruch?*

Nein. Die mobile Internetnutzung nimmt immer weiter zu. Deshalb brauchen wir auch hier zügig die nächsten Mobilfunk-Generationen, die deutlich größere Bandbreiten bereitstellen als es bisher möglich ist. Klar ist aber: Die Basis einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur ist Glasfaser. Deutschland hinkt hier im europäischen Vergleich weit hinterher, auch weil andere früher auf Glasfaser gesetzt haben. Deshalb wollen wir hier einen Schwerpunkt setzen.

► *Welche Rolle werden die Erlöse zu den Frequenzversteigerungen in diesem Jahr spielen? Sollen die Mobilfunken den Festnetz-Breitbandausbau bezahlen?*

Die Versteigerung der Funk-Frequenzen ist beschlossene Sache. Es ist sinnvoll, die dadurch zu erzielenden Einnahmen direkt in die Verbesserung der digitalen Infrastruktur zu geben. Wie viel Geld hier erlöst wird und wann das Geld fließt, ist noch nicht endgültig abzusehen. Ich warne deshalb davor, allein auf diese Erlöse zu setzen.

► *In Ihrem Papier ist die Rede von einer 100-Mbit-Grundversorgung bis 2025. Ist dieser Zehnjahresplan wirklich realistisch?*

Absolut. Auch von 2005 bis 2015 hat sich durchaus eine Menge getan. Wir wissen, dass diese Investitionen in die digitale Infrastruktur Geld kostet. Aber wenn wir es ernst meinen mit Industrie 4.0, mit digitalen Wachstumschancen und gesellschaftlicher Teilhabe, dann müssen wir jetzt damit anfangen, die Grundlagen für 2025 und 2030 zu legen. Wir brauchen einen Pakt für Breitband mit Beteiligung von Politik und Wirtschaft. Dann sind zehn Jahre für diese Entwicklung realistisch.

Das Interview führte Christoph Heil

Geld zurückholen!

Mit Beginn des neuen Jahres steht für viele auch die – meist ungeliebte – Steuererklärung an. KOMM sprach mit Edmund Lennartz, ehrenamtlicher Leiter des ver.di-Lohnsteuerservice. Seine Tipps: Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Reisekosten und die Kosten für Aus- und Fortbildung gelegt werden.

■ Reisekosten

Seit 1. Januar 2014 gilt ein neues Reisekostenrecht. Für Arbeitnehmer, die bereits vor Inkrafttreten der Reform dauerhaft in einer betrieblichen, ortsfesten Einrichtung des Arbeitgebers beschäftigt waren und weiterhin sind, ändert sich nichts. Diese Beschäftigten können – wie bisher – für die Fahrten zwi-

Tätigkeitsstätte, die der Arbeitgeber vornehmen kann. Bei Vorliegen einer ersten Tätigkeitsstätte, wird die Abwesenheit ab diesem Ort berechnet. Ein Arbeitnehmer kann je Dienstverhältnis höchstens eine erste Tätigkeitsstätte haben. Bei Arbeitnehmern mit mehreren Tätigkeitsstätten oder im Außendienst sollte in jedem Fall geprüft werden, welche die günstigste Lösung darstellt.

Es gibt auch Fälle ohne erste Tätigkeitsstätte. Dies ist besonders für Beschäftigte im Außendienst wichtig. Sie haben keine erste Arbeitsstätte, da sie nicht jeden Tag an einen bestimmten Ort fahren. Auch das häusliche Arbeitszimmer – also auch das Homeoffice, der Telearbeitsplatz – ist keine erste Tätigkeitsstätte. Besteht eine betriebliche Reisekosten-

richtlinie, eine Betriebsvereinbarung oder ein Tarifvertrag mit Verweis auf die jeweils geltenden steuerlichen Bestimmungen, kann es sein, dass der Arbeitgeber eine für den Arbeitnehmer eventuell auch negative Zuordnungsentscheidung trifft. Hier kann eine rechtliche Prüfung sinnvoll sein.

■ Aus- und Fortbildung

Der Fiskus unterscheidet Aus- und Fortbildung eigentlich simpel: Ausbildung ist die erste Ausbildung, also auch das Erststudium. Fortbildung ist alles, was daran anschließt. Steuerlich werden beide Gruppen unterschiedlich behandelt. Hierbei ist entscheidend, ob die Kosten als Werbungskosten oder als Sonderausgaben angegeben werden.

Wer eine Erstausbildung absolviert, kann die Ausgaben (Fahrkosten, Unterkunft, Lern-

40 646 559 Euro

So hoch war die Gesamtsumme der Steuerrückerstattung im Jahr 2014 für ver.di-Mitglieder nach einer Beratung durch den ver.di-Lohnsteuerservice!

mittel) bis zu 6000 Euro in der Steuererklärung als Sonderausgaben angeben. Knackpunkt: Wer kein Einkommen von mehr als 8354 Euro hat, bekommt nichts. Bei Sonderausgaben akzeptieren die Finanzbeamten keine Verluste.

Ganz anders die Situation bei Fortbildungen. Dazu zählt alles, was nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder dem Erststudium folgt. Dazu zählen auch Masterstudiengänge. Hier können die Ausgaben in unbegrenzter Höhe als Werbungskosten angegeben werden. Liegen keine Einnahmen vor, werden diese Ausgaben als Verlust festgeschrieben und Jahr für Jahr fortgetragen. Sobald dann die ersten Berufsjahre mit Einkommen erreicht sind, kommen die alten Verluste zum Tragen und senken kräftig die Steuerlast. Hier kann es sich schnell um mehrere tausend Euro handeln.

Gegen die Ungleichbehandlung von Aus- und Fortbildung wurde mehrfach geklagt. Der Bundesfinanzhof hat entschieden, dass auch die Kosten für die Erstausbildung als Werbungskosten angegeben werden können. Doch der Bundesfinanzminister hat dies bisher trickreich verhindert. Nun liegt die Entscheidung beim Bundesverfassungsgericht. Bis dieses entscheidet, sollten dennoch die Kosten in der „Anlage N“ als Werbungskosten eingetragen werden.

Die Finanzbeamten werden dies nicht akzeptieren. Mit Hinweis auf die Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (u. a. Az. 2 BvL 22/14, 2 BvL 23/14, 2 BvL 24/14) sollte dann Einspruch eingelegt und ein Ruhen beantragt werden. Für alle in der Erst- oder Zweitausbildung (Masterstudiengang) gilt: Wer dies bisher versäumt hat, kann diese Kosten noch vier Jahre rückwirkend angeben.

Silke Leuckfeld

Weitere Informationen erhalten ver.di-Mitglieder bei den ver.di-Lohnsteuerbeauftragten in den ver.di-Bezirken und unter www.mitgliedernetz.verdi.de und per E-Mail an lohnsteuerservice@verdi.org.



Foto: © Claudio Divizia – Fotolia.com

schen Wohnung und ihrer ersten Tätigkeitsstätte nur die Entfernungspauschale geltend machen. Bei der Benutzung eines Firmenvagens für diese Fahrten ist wie bisher durch den Arbeitgeber ein geldwerter Vorteil anzusetzen.

Bei den Verpflegungsmehraufwendungen wurde mit der Reform statt der bisherigen dreistufigen Staffelung (6/12/24 Euro) eine zweistufige Staffelung eingeführt. Ab einer Abwesenheit von mehr als acht Stunden kann der Arbeitgeber nun zwölf Euro steuerfrei zahlen. Erhält der Arbeitnehmer keine oder eine geringere Leistung vom Arbeitgeber, so kann er die Differenz bis zu zwölf Euro als Werbungskosten ansetzen. Bei mehrtägiger Abwesenheit werden ohne die Prüfung einer Mindestabwesenheitszeit pauschal zwölf Euro je An- und Abreisetag gewährt. Wichtig ist dabei die Zuordnung der ersten

COMMING!

ver.di JUGEND

Wir haben **viel** vor!



AV

Biss muss sein ver.di JUGEND

Im Dezember wurde eine neue Konzernauszubildendenvertretung bei der Deutschen Telekom gewählt. KOMM sprach mit dem neuen Vorsitzenden Patrick König. Er ist 26 Jahre alt und IT-Systemelektroniker.



► Weshalb hast Du Dich wählen lassen?

Ich habe selbst bei der Telekom meine Ausbildung gemacht. Dabei habe ich mich immer gefragt, ist das jetzt alles? Oder geht da noch mehr? Ich bin davon überzeugt, dass die Telekom in der Ausbildung mehr vermitteln kann, als es das Berufsbildungsgesetz als Minimalanforderungen vorschreibt. Ich will erreichen, dass meine Nachfolger mehr von der Ausbildung mitnehmen, als ich mitgenommen habe.

► Wo siehst Du Probleme?

Die Ausbildungsmethodik ist theoretisch gut, klappt aber nicht immer in der Praxis. Die Ausbilder sollten die Auszubildenden nicht nur auf ihre Defizite hinweisen, sondern fördern und unterstützen. Bei mir hätte die Vielfältigkeit der Betriebseinsätze besser sein können. Ich hatte nur wenige Einsätze, die einen sehr speziellen Bereich abdeckten. Dies war nur ein kleiner Teil dessen, was ich nach der Ausbildungsordnung hätte lernen sollen.

► Wie hätte es laufen sollen?

Eigentlich sollen kontinuierlich Gespräche mit den Auszubildenden darüber stattfinden, was sie wo lernen. Wenn das Ziel in den Betrieben nicht erreicht werden kann, weil die Voraussetzungen nicht stimmen, gibt es auch die Möglichkeit den Einsatzort zu wechseln oder die Aufgabe im Ausbildungszentrum zu simulieren. Dafür hat

die Telekom das berufspädagogische Konzept. Dort ist genau festgehalten, wie der Lernprozess begleitet werden soll und wie das umzusetzen ist. Es ist eines der wichtigen Themen der neuen Auszubildendenvertretung, die Theorie und die Praxis zusammenzubringen. Wir wollen eine Betriebsvereinbarung zur Qualität in der Ausbildung abschließen.

► Gibt es weitere Themen?

Wir haben seit der Wahl im Dezember zwei große Themenkomplexe bearbeitet und erfolgreich abgeschlossen. Wir hatten die Zeiterfassung für die Dual Studierenden blockiert. Wir befürchteten, dass die Daten elektronisch weitergegeben und die Studierenden so überwacht werden. Diese Frage ist jetzt geklärt, die Daten werden nicht weitergegeben. Außerdem gibt es jetzt eine Verabredung zu den Talentförderprogrammen.

► Was ist das für ein Programm?

Die Telekom wählt 20 bis 30 Auszubildende pro Ausbildungsjahr aus, die sie besonders gut finden und speziell fördern wollen. Diese Auszubildenden fahren ein bis zwei Mal im Jahr in Community Camps

und können an besonderen Projekten mitarbeiten. Es gibt jetzt eine Verabredung mit dem Arbeitgeber, dass es nun auch Workshops zur Work-Life-Balance geben wird. Work-Life-Balance ist der Ausgleich zwischen Arbeit, Freizeit und Familie. Wir wollen das Programm auch für die Auszubildenden werthaltiger machen, da ist die Vereinbarung ein guter erster Schritt.

► Was plant Ihr außerdem?

Wir werden in diesem Jahr um die Ausbildungsquote kämpfen müssen, der Tarifvertrag läuft aus. Daran hängt auch die Übernahmequote, die ab 2016 nicht mehr festgeschrieben ist. Dies werden wir gemeinsam mit ver.di tun. Wir verstehen die Auszubildendenvertretung und ver.di als zwei Seiten einer Medaille. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir uns bei ver.di engagieren. Ich werde regelmäßig als Sachverständiger der Konzernauszubildendenvertretung in den ver.di-Bundesfachbereichsjugendfachkreis eingeladen. Dort berichte ich über unsere Themen und Probleme. Gemeinsam können die Konzernauszubildendenvertretung und ver.di viel erreichen.

Das Interview führte Silke Leuckfeld